

Auszug aus dem Protokoll

Sitzungsdatum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Ordnungsnummer
22.10.2025	5	52	4042	00.08.04

Politikplan 2026 - 2030

Bei der Behandlung dieses Geschäfts wird David Portner, Finanzverwalter, beigezogen.

Ausgangslage

Der Politikplan ist eine Darstellung des Umsetzungsprogramms, verbunden mit dem Finanzplan. Mit diesem Führungsinstrument kann das Parlament die langfristige Politik des Gemeinderats besser nachvollziehen.

Rechtsgrundlagen

- Gemeindeverfassung vom 30. November 2003 (SSGZ 101.1); Art. 22
- Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats vom 22. März 2006 (SSGZ 151.21); Art. 35

Inhalt des aktuellen Politikplans

Im Zentrum des Politikplans stehen das Umsetzungsprogramm und der Finanz- und Investitionsplan für die Jahre 2026 – 2030. Inhaltlich ist das Dokument wie in den Vorjahren aufgebaut. Neu eingefügt wurde das Kapitel «Selbstverständnis». Das Selbstverständnis beschreibt die Identität und Grundhaltung der Gemeinde Zollikofen. Es umfasst Werte, Überzeugungen und den Charakter der Gemeinde.

Erläuterung zum Umsetzungsprogramm 2026

Durch die Neuformulierung und Ergänzung von Leitbild und Leitsätzen hat das Umsetzungsprogramm zahlreiche Änderungen erfahren. Auf eine Gegenüberstellung zum letztjährigen Umsetzungsprogramm wird deshalb in diesem Politikplan verzichtet.

Erläuterungen zum Finanz- und Investitionsplan 2026 – 2030

Einleitung

Der Finanzplan gibt einen Überblick über die Entwicklung des Finanzhaushalts der Gemeinde für die nächsten fünf Jahre. Seine Hauptaufgabe ist, der Gemeinde mittelfristig einen ausgeglichenen Finanzhaushalt zu sichern. Der Finanzplan ist rechtlich nicht verbindlich.

Konkret soll die Finanzplanung folgenden Zwecken dienen:

- Sachzwänge verhindern, indem die Haushaltsentwicklung frühzeitig beurteilt und nötige Korrekturmassnahmen rechtzeitig eingeleitet werden können;
- Als Führungs- und Koordinationsinstrument für den Gemeinderat und die Verwaltung;
- Als finanzpolitisches Führungsinstrument für den Gemeinderat und für das Parlament.

Rechtsgrundlagen

Gemäss Art. 64 ff der kantonalen Gemeindeverordnung (GV; BSG 170.111) erstellen die Gemeinden einen Finanzplan und passen ihn jährlich der Entwicklung an. Die Direktionsverordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden (FHDV; BSG 170.511) enthält zudem verbindliche Weisungen (vgl. Art. 21 ff), was den erweiterten Vorbericht begründet. Die Gemeinde Zollikofen integriert den Finanzplan in den Politikplan. Dieser Politikplan wird dem Grossen Gemeinderat jährlich zur Kenntnisnahme unterbreitet (vgl. Art. 22 i. V. mit Art. 54 Gemeindeverfassung vom 30. November 2003, SSGZ 101.1).

Ergebnis der Finanzplanung

Im Vergleich zur Vorjahresplanung fallen die prognostizierten Resultate der Erfolgsrechnung im allgemeinen Haushalt schlechter aus. Die Verschlechterung ist insbesondere auf die Reduktion der Steueranlage um 0.5 Steuerzehntel auf 1.35 Einheiten zurückzuführen. Die in den letzten Jahren besseren Rechnungsergebnisse und die guten Ausgangswerte des Finanzhaushalts ermöglichen unter Berücksichtigung der Planergebnisse eine moderate Steuersenkung.

Mit den stabilen wirtschaftlichen Entwicklungsfaktoren und der erwarteten Zunahme an steuerpflichtigen Personen darf in den Planjahren von steigenden Steuererträgen ausgegangen werden. Die Steuergesetzrevision 2027 wird in den Jahren 2027 und 2028 zu einem geringeren Wachstum an Steuererträgen führen.

Mit der steigenden Wohnbevölkerung sind höhere Gemeindeanteile an die Lastenausgleichssysteme zu finanzieren. Die im Vergleich zum Vorjahr tieferen Ansätze je Einwohnerin und Einwohner wirken kostenbremsend. Die Anteile an die Lehrergehaltskosten nehmen mit den steigenden Schülerzahlen in den Planjahren zu.

Das in den Planjahren durchschnittliche defizitäre Ergebnis der Erfolgsrechnung von Fr. 1.22 Mio. kann durch den vorhandenen Bilanzüberschuss ausgeglichen werden. In gesetzlicher Hinsicht bleibt das Finanzhaushaltsgleichgewicht gewahrt. Die Rechnungsreserven verbleiben auf stabilem Niveau.

Aus den betrieblichen Ergebnissen resultiert in den Planjahren jeweils eine ungenügende Selbstfinanzierung. Es stehen für die Finanzierung der Investitionsvorhaben nicht genügend selbst erarbeitete finanzielle Mittel (Cash-Flow) zur Verfügung. Einmalige ausserordentliche Erträge sind in den Planjahren 2027 – 2030 keine absehbar. Die negativen Saldi der Selbstfinanzierung weisen auf eine stete Neuverschuldung hin. Mit der unbefriedigenden Selbstfinanzierung bleibt der finanzielle Handlungsspielraum für die Erfolgs- und Investitionsrechnung eingeschränkt.

Der Finanzplan ist mit den sich wandelnden Wirtschaftsprognosen – mit all ihren Auswirkungen auf Teuerung, Zinsen, Arbeitsmarkt, Lohnentwicklung, usw. – zu wenig konkret, um verlässliche Schlüsse auf künftige Rechnungsabschlüsse zu ziehen. Diesen unsicheren Entwicklungen unterliegt insbesondere der Fiskalertrag, welcher die jährliche Hauptertragsquelle darstellt. Die Gemeinde bleibt – nebst der Festsetzung der kommunalen Steueranlage – von der kantonalen Steuerpolitik und deren finanziellen Auswirkungen sowie von der allgemeinen Wirtschaftslage abhängig.

Schlussbemerkungen des Gemeinderats

Der Gemeinderat befasste sich auf Antrag der Finanzkommission eingehend mit der Höhe der Steueranlage, dies unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Finanzplanung 2026 – 2030. Eine Reduktion der Steueranlage um einen halben Steuerzehntel auf neu 1.35 Einheiten verringert den Steuerertrag um rund Fr. 0.98 Mio.

Die besseren Rechnungsabschlüsse der letzten Jahre (Einmalereignisse, Mehrertrag an Steuern, Minderaufwendungen) haben den Finanzhaushalt auf einer guten Basis gehalten. Für das Budgetjahr 2026 wird mit einer Steueranlage von 1.40 Einheiten ein Ertragsüberschuss von rund Fr. 1.0 Mio.

veranschlagt. Der Finanzplan 2025 sah für das Planjahr 2026 ein Aufwandüberschuss von etwa Fr. 0.7 Mio. vor.

Eine moderate Senkung der Steueranlage wurde unter Berücksichtigung der verfügbaren externen und internen Faktoren, den hohen anstehenden Investitionen sowie der Selbstfinanzierung und dem Finanzierungsergebnis sorgfältig erwägt. Eine Steueranlage von neu 1.35 Einheiten wird aus Sicht der Gemeindebehörden aufgrund der Planergebnisse 2026 – 2030 als tragbar erachtet.

Die Steueranlage ist unter Berücksichtigung der Rechnungsergebnisse sowie der Finanz- und Investitionsplanung auf das Budgetjahr 2028 neu zu bewerten. Nach aktuellem Planungsstand werden im Planjahr 2028 hohe Investitionskosten für den Schulraum anfallen. Die finanziellen Folgekosten von neuen gemeindeeigenen Aufgaben sind jeweils vor der Beschlussfassung vertieft auf die wiederkehrenden Folgekosten beziehungsweise auf deren Tragbarkeit zu prüfen und in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Die finanzielle Entwicklung und der Steuerertrag sowie die Selbstfinanzierung werden im Rahmen der jährlichen Überarbeitung des Finanzplans geprüft. Somit bleibt sichergestellt, dass die nötigen Massnahmen zur Wahrung der finanziellen Ausgewogenheit rechtzeitig eingeleitet werden können.

Es bleibt eine stete Aufgabe der Exekutiv- und Legislativbehörden, den Erhalt von gesunden öffentlichen Finanzen sicherzustellen, damit die kommunalen Aufgaben und politischen Ziele erfüllt werden können.

Antrag Gemeinderat

Der Politikplan 2026 – 2030 wird zur Kenntnis genommen.

Beratung

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP): Vertreter des Gemeinderats ist Daniel Bichsel, beigezogen ist David Portner, Finanzverwalter. Das Eintreten ist vorgegeben. Wir kommen zur Geschäftsberatung. Zuerst können allgemeine Bemerkungen zu beiden Dokumenten abgegeben werden. Anschliessend gehen wir die Papiere seitenweise durch. Wir beginnen mit den allgemeinen Bemerkungen zu Politikplan und Finanz- und Investitionsplan.

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren. Die gemeinderätliche Vertretung besteht bei diesem Traktandum aus zwei Personen. Der Departementsvorsteher Finanzen wird sich im Anschluss zum Finanz- und Investitionsplan äussern. Meine Äusserungen beziehen sich also auf den Politikplan als Ganzes. Der Politikplan 2026 bis 2030, die vor euch liegende Ausgabe 2025, stellt die Grundlage für die politische Führung in den nächsten Jahren dar. Immer anfangs einer Legislatur münden die Resultate der Bevölkerungsbefragung in einer Lagebeurteilung. Darauf basierend nehmen wir die sich aufdrängenden Änderungen am Leitbild und den Leitsätzen vor und definieren den Zustand, der auf Ende der Legislatur angestrebt wird. Bereits zum fünften Mal sind die politischen Führungsinstrumente aufgrund einer Bevölkerungsbefragung und einer Kenngrössenerhebung wieder à jour gebracht worden. Noch ein Wort zu dieser Bevölkerungsbefragung.

Das Echo auf die Umfrage war gut. Von den knapp 8'900 verschickten Fragebogen sind rund ein Viertel, ganz genau 2'143 ausgefüllt retourniert worden. Zudem sind rund 1'400 Einzelbemerkungen eingegangen. An dieser Stelle möchte ich allen Bürgerinnen und Bürgern ganz herzlich danken, die sich mit dem Thema auseinandergesetzt haben und so auch mithelfen, ihrem Zollikofen ein Stück näher zu kommen. Die Analyse dieser zahlreichen Indikatoren hat in einer Indikatorenübersicht gemündet. Diese hat Zollikofen ein gutes Resultat gegeben. Von 100 möglichen Indexpunkten hat Zollikofen 75 Punkte erreicht und liegt damit sehr nahe am Durchschnitt der Schweizer Gemeinden, die dasselbe Führungs- und Befragungsinstrument einsetzen. Diese Werte liegen also im grünen Bereich, wie man so schön sagt. Diese Werte verpflichten uns zugleich auch, wenn wir diesen Stand halten wollen. Der Gemeinderat hat sich eingehend damit befasst und in der Ausgabe 2025 des Politikplans entsprechende Massnahmen festgehalten. Er ist überzeugt, dass wir mit diesen Führungsinstrumenten Zollikofen in den nächsten Jahren einen Schritt weitervoranbringen können und dass er

die Absichten seines politischen Handelns damit transparent darlegt. Damit können Parlament und Bevölkerung bei jeder politischen Entscheidung erkennen, ob sich Zollikofen in Übereinstimmung mit diesem Leitbild weiterentwickelt. Zum Inhalt des Politikplans gibt es an dieser Stelle zu erwähnen, dass durch Neuformulierungen und Ergänzungen im Leitbild und in den Leitsätzen das Umsetzungsprogramm gegenüber der letztjährigen Ausgabe zahlreiche Änderungen erfahren hat. Es bleibt nun wieder für vier Jahre gleich. Es werden höchstens jeweils die Tätigkeiten für das kommende Jahr neu aufgeführt, aber die Zielsetzungen und Absichten bleiben eingefroren. Seitens des Gemeinderats danken wir für die Kenntnisnahme der Neuauflage des Politikplans. Danke. Ich übergebe dem Finanzvorsteher das Wort.

Gemeinderat Markus Burren (SVP): Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Im Finanz- und Investitionsplan bildet der Gemeinderat ab, wie er die finanzielle Zukunft auf der Basis von Ist-Zahlen und Planwerten beurteilt. Auf Seite 1 sieht man beispielsweise die externe Schuldenentwicklung des allgemeinen Haushalts, die darlegt, dass wir im Jahr 2020 die letzten externen Schulden tilgen konnten. Trotz dem Neubau des Schulhauses an der Schulhausstrasse und der Erstellung des Schulhausprovisoriums am Geissshubel mussten wir keine neuen Schulden bilden. Ebenfalls auf dieser Seite sieht man die Entwicklung des Finanzüberschusses, vom Jahr 2017 mit Fr. 8 Mio. bis zum Jahr 2024 mit Fr. 25 Mio. Auf Seiten 4 und 5 werden die Entwicklungen von 2026 bis 2030 abgebildet. Dort sieht man zum Beispiel, dass der Bilanzüberschuss im Jahr 2030 mit Fr. 25 Mio. wieder gleich hoch ist, trotz den bereits zum grössten Teil realisierten Neubauten. Der Gemeinderat hat es sich nicht einfach gemacht. Er hat sich wie alle Jahre vertieft mit der Finanzplanung 2026 bis 2030 auseinandergesetzt und hat beschlossen, die Planwerte mit einer Steueranlage von 1.35 auszuarbeiten und im Grossen Gemeinderat zum Beschluss vorzulegen. Mit dieser Reduktion von einem halben Steueranlagenzehntel reduziert sich der Steuerertrag um rund Fr. 980'000.00. Eine moderate Senkung der Steueranlage ist unter den gegebenen internen und externen Faktoren, den hohen Investitionen und den Finanzierungsergebnissen sorgfältig erwägt worden und wird aufgrund des Planergebnisses als tragbar erachtet. Die Steueranlage ist unter Berücksichtigung der Rechnungsergebnisse der Finanzplanung auf das Budgetjahr 2028 sicher neu zu beurteilen. Es ist ein Dauerauftrag an die Behörden, den Erhalt gesunder Gemeindefinanzen mitzutragen. Danke vielmals.

Ruth Kaufmann (GFL): Lieber Präsident, liebe Anwesende, liebe Gäste. Der GGR hat den Politikplan zur Kenntnis zu nehmen. Wir haben ein paar Bemerkungen dazu. Auch ein Dank an den Gemeinderat für die Überarbeitung. Der Politikplan ist einerseits das gelbe und andererseits das violette Heft, der Finanz- und Investitionsplan. Dazu wird Bruno Vanoni aus unserer Fraktion anschliessend etwas sagen. Der Politikplan sieht ja von aussen gesehen gleich aus wie in den letzten Jahren, auch der Aufbau ist derselbe. Wie wir bemerkt haben, ist er inhaltlich jedoch ganz wesentlich überarbeitet und aktualisiert worden. Das nehmen wir sehr positiv zur Kenntnis. Wir danken dem Gemeinderat dafür. Das war wahrscheinlich ein rechter Aufwand, sich zu diesen neuen Formulierungen durchzurufen. Neu ist das Kapitel «Selbstverständnis», das gab es vorher nicht. Darin sind übergeordnete Werte, Orientierungen, Überzeugungen der Gemeinde formuliert. Wenn wir uns zum Beispiel den letzten Absatz auf Seite 7 anschauen, klingt das sehr schön: «Die Verwaltung erbringt ihre Leistungen effizient, bürgernah und serviceorientiert. Durch offene und umfassende Information sowie transparente Kommunikation machen Behörden und Verwaltung ihr Handeln und ihre Absichten nachvollziehbar und stärken das Vertrauen der Bevölkerung. Zollikofen versteht sich als lernende Gemeinde, die die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft im Dialog mit der Bevölkerung angeht. Sie ist offen für neue Ideen, innovative Lösungen und gelebte Mitverantwortung.» Man kann sagen, das sind einfach schöne Worte und Selbstverständlichkeiten. Wir finden es jedoch wichtig, dass sie explizit so aufgeschrieben worden sind, so dass sich Vorstösse – sei es aus der Bevölkerung, sei es von uns – darauf beziehen können. Wir danken für das interessante und aufschlussreiche Dokument und für die Anstrengungen. Wir haben nachher noch Bemerkungen zu einzelnen Kapiteln.

Armin Thommen (GLP): Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. In unserer Debatte über den Finanz- und Politikplan möchte ich mich für eine nachhaltige Finanzpolitik starkmachen, eine Politik, die nicht nur den unmittelbaren Bedürfnissen dient, sondern die langfristige Stabilität, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung in unserer Gemeinde sichert. Für die GLP ist es zentral, auch über den nächsten Haushaltszyklus hinauszuschauen und nicht einfach kurzfristige Entscheidungen zu fällen, nur um die Wählergunst zu steigern. Nachhaltige Finanzpolitik bedeutet, dass die

aktuellen Ausgaben und Schulden so gestaltet werden müssen, dass zukünftige Generationen nicht übermässig belastet werden. Also so zu planen, dass wir in Zollikofen auch in den nächsten Jahren genügend Geld haben, um die anstehenden Herausforderungen zu meistern. Wie etwa für den Bau neuer Kindergärten und Schulanlagen. Das ist bürgernahe Politik. Nachhaltig gedacht und geplant. Eine nachhaltige Finanzpolitik ist nicht nur wissenschaftlich fundiert, sondern auch tief in der bürgerlichen Politik verwurzelt. Sie schützt unsere Gemeinde vor Risiken, fördert Wohlstand und übernimmt Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen. Ich appelliere an euch alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, nachhaltig zu denken und zu entscheiden, für eine stabile, faire und zukunftsorientierte Gemeinde. Danke.

Petra Spichiger (SP): Werter Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen. Ich äussere mich nur zum Politikplan, denn wir haben eine Fachfrau, die dann zum Finanzplan spricht. Herzlichen Dank für die geleistete Arbeit. Man sieht ganz klar, da wurde gearbeitet. Es kommt viel Neues daher, aus meiner Sicht recht viel Ökologisches. Das finden wir sehr toll. Es sind auch noch alte Dinge drin, wie dass die Schüler jedes Jahr in der Oberstufe eine GGR-Sitzung besuchen. Das kennen wir schon lange und es ist wunderbar, dass das erhalten bleibt. Was uns bei den Inhalten besonders auffiel und wir spannend finden – wir sprechen nachher nicht mehr zu den einzelnen Punkten –, ist die Rolle der Gemeinde bei der Klärung der ärztlichen Grundversorgung, es sind sichere und kinderfreundliche Schulwege, besonders die Planung des Trottoirs Landgarben freute mich sehr. Und all die aufgeführten ökologischen Punkte, wie «das Gold Label erreichen». Das sind tolle Aspekte, die wir dem Politikplan entnahmen. Ich finde, es sind gute Versprechen. Wenn man sich dann jedoch den Finanzplan anschaut, so werden diese Versprechungen davon etwas torpediert, wenn wir es so angehen, wie es jetzt geplant ist. Ich freue mich darauf, herauszufinden, wie diese Versprechen dann umgesetzt werden können.

Marcel Remund (FDP): Werter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Die FDP-Fraktion dankt bestens für die Erstellung des Politikplans und des Finanzplans. Der Politikplan ist eine gute Übersicht und Grundlage für das politische Handeln der Gemeinde. Im Umsetzungsprogramm 2026 ist strukturiert aufgezeigt, welche Handlungsfelder im Jahr 2026 angegangen werden. Wichtig ist aus unserer Sicht eine Umsetzung mit Augenmass zum Wohle der Einwohnerinnen und Einwohner von Zollikofen. Eine pragmatische Herangehensweise ist zielführend. Ganz nach dem Motto: weniger ist manchmal mehr. Wir nehmen den Politikplan und den Finanzplan zur Kenntnis. Zum Finanzplan nehme ich dann im Traktandum zum Budget Bezug.

Peter Nussbaum (SVP): Werter Präsident, werter Gemeinderat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen und Gäste. Vielen herzlichen Dank auch von Seiten SVP für die Überarbeitung des Politikplans für die nächsten fünf Jahre. Die SVP-Fraktion schätzt die nicht selbstverständliche Transparenz des Gemeinderats, indem er sich mit dem Umsetzungsprogramm selbst einen gewissen Druck auferlegt. Wir möchten an dieser Stelle auch in Erinnerung rufen, dass die meisten Lösungsansätze im Umsetzungsprogramme freiwillige Gemeindeaufgaben beinhalten, welchen zum Teil grosszügige finanzielle Mittel zugesprochen werden.

Womit wir zum Finanz- und Investitionsplan kommen. Ich sagte an der Mai-Sitzung an dieser Stelle, dass wir gespannt sind auf den neuen Finanz- und Investitionsplan, um beurteilen zu können, ob eine moderate Steuersenkung ein realistisches Szenario sein könnte. Hoherfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass der Gemeinderat die Planung ab dem nächsten Jahr von sich aus mit einer Steueranlage von 1.35 vorgenommen hat. Die SVP-Fraktion erachtet diesen Schritt aufgrund der aktuellen Ausgangslage als logisch. Selbstverständlich sehen auch wir die grossen Investitionen in den nächsten Jahren auf uns zukommen. Jedoch ist die finanzielle Ausgangslage unserer Gemeinde mit über Fr. 30.00 Mio. Reserven mehr als nur solide und ermöglicht auch ein nachhaltiges Wirtschaften in den nächsten Jahren. So könnten wir die im Finanzplan prognostizierten Verluste ab 2028 theoretisch locker verkraften. Natürlich darf es im Sinne der Nachhaltigkeit nicht das Ziel sein, die vorhandenen Reserven vollständig aufzubrechen. Jedoch gibt diese Ausgangslage eine gewisse Sicherheit, umso mehr als in der Vergangenheit die Korrekturvariante mit einer Besserstellung von einem halben Steuererzehntel im Normalfall eher der Wahrheit, respektive der Ist-Jahresrechnung entsprochen hat. Wenn wir uns die korrigierten Planwerte über die nächsten fünf Jahre anschauen, kommen wir gerade noch auf einen Aufwandsüberschuss von durchschnittlich knapp Fr. 200'000.00. Das entspricht plus/minus einem ausgeglichenen Finanzhaushalt, trotz der Steueranlage von 1.35. Fakt ist jedoch auch, dass

aufgrund der anstehenden Grossinvestitionen der Selbstfinanzierungsgrad in der Planperiode sehr schlecht aussieht. Diese Kennzahl muss jedoch über einen längeren Zeitraum angeschaut werden. So lag dieser zum Beispiel im Jahr 2018 beim Verkauf des Betagtenheims bei über 450 %. Dass es in Zukunft nicht ohne Verschuldung gehen wird, ist leider eine Tatsache. Jedoch liegt der grosse Hebel hier nicht bei der Steueranlage. Wie wir an der letzten GGR-Sitzung hörten, wird für den Neu- und Ausbau Sekundarstufe mit Kosten von Fr. 37 Mio. gerechnet. Wenn wir bei diesem Projekt wie zum Beispiel beim vorherigen Geschäft mit einem Kostenplus von 25 % oder mehr rechnen müssen, würde dies Mehrkosten oder eben auch eine höhere Verschuldung von mehr als Fr. 10 Mio. bedeuten. Dagegen erscheint die knappe Million, welche einen halben Steuerzehntel pro Jahr ausmacht, schon fast marginal. Was ich damit sagen will: Unser grösstes Risiko in den nächsten Jahren ist nicht der hoffentlich leicht gesenkte Steuersatz, sondern dass wir die Kosten der anstehenden Grossinvestitionen nicht im Griff haben, zumal aus diesem Rat noch weitere Ausbauwünsche mit Mehrkostenfolge dazu kommen könnten. Wir können die Höhe der Verschuldung hier sehr direkt beeinflussen. In diesem Sinne nimmt die SVP-Fraktion den Politikplan und Finanz- und Investitionsplan 2026 bis 2030 zur Kenntnis.

Karin Steiner (SP): Wie Petra bereits antönte, werde ich zum Finanzplan noch etwas sagen. Geschätzter Präsident, geschätzter Gemeinderat, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Wir bedanken uns bei der Finanzverwaltung und dem Gemeinderat für den ausführlichen und aufschlussreichen Finanzplan für die Jahre 2026 bis 2030. Dem verantwortungsbewussten Lesenden wird transparent aufgezeigt, in welche Richtung sich der Finanzhaushalt von Zollikofen bewegen würde, sollte sich eine Steueranlage von 1.35 durchsetzen. Es ist in unseren Augen ein düsteres Bild, das uns finanzpolitisch erwartet. Wir würden in eine dauerhafte Defizitspirale mit steigenden Aufwandüberschüssen, sinkendem Selbstfinanzierungsgrad und einer massiven Neuverschuldung mit steigender Zinslast geraten. Zudem haben wir in den nächsten Jahren noch die grossen pro-memoria-Posten, welche unseren Gesamthaushalt zusätzlich belasten, das heisst diese sind im Finanzplan aktuell noch nicht beziffert. Dies betrifft insbesondere den Schulhausausbau auf Primarstufe, ein weiteres Generationenprojekt, das die Gemeinde stemmen muss. All dies sollte uns schon zu denken geben. Die Frage ist: Wollen wir die soliden Finanzen von Zollikofen dem kurzfristigen Effekt einer Steuersenkung opfern und uns damit finanzpolitisch ohne Not auf sehr dünnes Eis begeben? Die SP sagt hierzu dezidiert Nein. Die Senkung der Steueranlage interpretieren wir in diesem Sinn auch als Paradigmenwechsel von Seiten des Finanzdepartements. Vor allem, weil wir letztes Jahr zur gleichen Zeit vom politisch Verantwortlichen zum Thema Steuersenkung gemahnt wurden: «Es wäre nicht gut für unsere Nachkommen, wenn wir das so machen würden». Wie kommen die Verantwortlichen aus dem Finanzdepartement jetzt zu diesem Meinungsumschwung? Wie Petra schon sagte, würde uns weiter interessieren, wie sich der Gemeinderat vorstellt, den inhaltlich positiven Politikplan mit diesen finanziellen Prognosen real umsetzen zu können. Wir befürchten, dass der vorliegende Finanzplan den positiven Politikplan behindern oder unter Umständen gar verunmöglichen wird. Unter Punkt 6 werden die externen Einflüsse auf die Finanzplanung aufgelistet. Berücksichtigt ist die Steuergesetzrevision, die 2027 zum Tragen kommt. Grundsätzlich wird von einer höheren Steueranlage ausgegangen. Im September konnten wir lesen, dass die Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich ihre Wirtschaftsprognosen nach unten korrigierte und dass wir leider auch von einer grösseren Arbeitslosenquote ausgehen müssen. Wir fragten uns, inwiefern der Gemeinderat in Erwägung ziehen würde, die neuen Erkenntnisse bezüglich der Wirtschaftsprognosen und vor allem auch die Folgen der Abschaffung des Eigenmietwerts in seine Berechnungen des Steuerertrags miteinzubeziehen und allenfalls neue Berechnungen anzustellen. Wir sind alle gut beraten, bezüglich dieser Steueranlage bei der nachfolgenden Budgetdebatte die richtigen Schlüsse zu ziehen. Ganz nach dem Leitbild der Gemeinde: «Wir planen unsere Finanzen vorausschauend, um Investitionen in eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen». Ich bedanke mich für eure Aufmerksamkeit und allenfalls für die Beantwortung der Fragen.

Markus Wüest (SP): Die Idee war eigentlich, dass Petra zum Politikplan die Fraktionserklärung abgibt, Karin zum Finanzplan und dass ich mit einer einzelnen Erläuterung nachdopple. Das mache ich jetzt. Wir stellen mit einer gewissen Überraschung eine etwas verkehrte Welt fest. In der Presse und Artikeln verschiedener Akteure konnte man lesen, dass ein weiterer Überschuss bei der Gemeinde eine extreme Ungerechtigkeit gegenüber den Steuerzahlenden sei. Jetzt kommen wir und versuchen sozusagen mit der finanzpolitischen Vernunft gegen eine Steuersenkung zu argumentieren. Das ist

fast, also ob jetzt plötzlich die Mäuse Katzen jagen würden. Und eigentlich müssten wir von der linken Seite uns ja geehrt fühlen, wenn bürgerliche Parteien erwarten, dass wir uns für das Thema einsetzen, für das sie sonst einstehen. Ich bin überzeugt, dass es auch auf der bürgerlichen Seite viele gibt, die nicht ganz unglücklich wären, wenn diese Steuersenkung bachab gehen würde und wir auf dieses Experiment verzichten könnten. Die Argumente dafür findet ihr in diesem Finanzplan. Wir sehen dort markant abwärtszeigende Zahlen beim Ertrag und aufwärtszeigende Zahlen bei den Schuldzinsen. Es gibt genug Gründe, gegen diese Steuersenkung zu sein. Wir wissen auch, dass wir ein anderes, noch nicht einmal berücksichtigtes Vorhaben haben, nämlich den Ersatzneubau für die Primarschule. Bis jetzt kam es zu keinem Beschluss, dass wir das Provisorium Geisshubel belassen wollen, statt es irgendwann zu ersetzen. Das kommt irgendwann. Das ist in diesen Zahlen noch nicht berücksichtigt. Wir fragten die Gemeinde, ob sie uns dazu schon etwas sagen könne. Das war nicht möglich. Darum wage ich jetzt eine Prognose. Wenn wir uns den dort nötigen Raum anschauen, wird das sicher nicht günstiger als das, womit wir bei der Sekundarstufe rechnen. Das kommt also noch dazu. Das wird nicht bis ins Jahr 2040 gehen. Dort werden diese Entwicklungen also eher noch schlimmer und übers Jahr 2030 hinausgehen.

Noch etwas. In den letzten Jahren hörten wir, wie Markus Burren sich ab und zu gegen eine Steuersenkung einsetzte. Er betonte jeweils die Sondereffekte, die uns als Gemeinde einen guten Abschluss ermöglichten. Wir haben bei der Gemeinde nochmals nachgefragt, wie diese in den letzten Jahren aussahen. Wenn man diese aufsummiert, entspricht das in etwa der Grössenordnung, die wir im Bilanzüberschuss sehen. Das heisst nicht, dass wir zu viel Steuern bezahlt haben, sondern dass wir es in diesen vergangenen Jahren geschafft haben, das Tafelsilber der Gemeinde zu verscherbeln und damit eine gute Zahl erreichten, auch auf dem Bilanzüberschuss. Jetzt können wir nicht einfach die Steuern senken. Das geht nicht so weiter. Das Altersheim ist verkauft. Wenn wir nun die aus dem Tafelsilber gewonnenen Erträge den Steuerzahlenden schenken, müssen im Umkehrschluss die zukünftigen Generationen höhere Zinsen zahlen. Das ist nicht fair. Das ist nicht zukunftsgerichtet. Es geht wirklich auch um die Interessen der Steuerzahlenden. Diese werden besser geschützt, wenn wir auf diese Steuersenkung verzichten und sie nicht nachher unnütz Zinsen zahlen müssen. Nicht, dass sie jetzt ein Bisschen was rausbekommen und sich dann in drei Jahren vor den nächsten GGR-Wahlen bestimmt ganz viele Parteien wieder für eine Steuererhöhung einsetzen werden.

Noch zwei Punkte. Wir haben in Zollikofen nicht den tiefsten, aber einen tiefen Steuersatz. Mit 1.40 stehen wir vergleichsweise gut da. Ein halbes Steuerzehntel macht uns im Konkurrenzkampf unter den umliegenden Gemeinden nicht zum alleinstehenden Sieger und zum besten Konkurrenten um die guten Steuerzahlenden. Wir müssen Kosten und Nutzen für unsere Bürger im Gleichgewicht behalten. Dazu gehört auch, dass wir gute Leistungen erbringen können. Einfach die Steuern etwas zu senken, das ist keine Strategie. Noch etwas: Die Gemeinde hat sich mit dem Finanzleitbild – und sie wiederholt dies im Finanzplan – eigentlich das Ziel gesetzt, den Steuersatz stabil zu halten. Wenn wir jetzt hören, man könne diesen für zwei, drei Jahre hinuntersetzen, dann ist das den eigenen Leitfäden und Aussagen gemäss nicht sehr konsequent. Das ist das Wichtigste, was ich auch ins nächste Traktandum mitgeben möchte. Auf einen kurzfristigen Stunt mit unseren Gemeindefinanzen können wir verzichten. Es ist vernünftig und fair gegenüber den zukünftigen Generationen, die anstehenden Investitionen mit möglichst wenig Schulden und Schuldzinsen durchzuziehen. Und es ist auch im langfristigen Interesse der Steuerzahlenden, den Steuersatz bei 1.40 zu belassen. Danke vielmals.

Marcel Remund (FDP): Werter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich hatte eigentlich vor, mich im nächsten Traktandum zu Budget und Steuersenkung zu äussern. Nun hörte ich so vieles, dass ich doch jetzt schon zwei, drei Dinge entgegenen möchte. Im Zusammenhang mit dem Finanzplan wurde gesagt, es sei Tafelsilber verschербelt worden und wir stünden deswegen so gut da. Nein. Es ist sicher ein Teil, wenn wir ganz weit zurück ins 2018 blicken. Die letzten Abschlüsse waren jedoch jeweils deutlich besser als budgetiert, vor allem auch weil die Steuereinnahmen deutlich höher waren. Es gibt verschiedene Gründe, darunter sicher eine vorausschauende Planung des Gemeinderats, also im Sinne der Raumplanungsrevision und so weiter, die die Grundlage schaffte für gute Steuereinnahmen. Es ist also, wenn wir nun zum zweiten Punkt kommen, durchaus nicht so, dass eine Steuersenkung ein Geschenk an den Bürger ist. Nein, es ist das Gegenteil. Der Bürger muss Geld verdienen und die Steuern erstmal zahlen. Eine Steuersenkung ist also durchaus kein Geschenk. Es wird als selbstverständlich angenommen. Keine Gemeinde verdient eigenes Geld. Es ist immer fremdes Geld, das sie einnimmt. Es ist die verdammte Pflicht – Entschuldigung für diesen Ausdruck – mit den Steuermitteln haushälterischer umzugehen. Es wurde zudem mehrmals Nachhal-

tigkeit erwähnt. Der Kanton Luzern hat vor etwa zehn Jahren die Steuern gesenkt. Damals tönte es von den linken Parteien etwa so, wie von euch jetzt. Es gehe bachab, es werde bei der Bildung gespart und so weiter. Das ist nicht passiert. Die Steuern wurden gesenkt, es gab eine positive Entwicklung, die Steuereinnahmen sind gestiegen, der Kanton Luzern steht heute hervorragend da und ist sogar in der Lage, die Steuern weiter zu senken. Diese paar Punkte wollte ich bereits mit auf den Weg geben. In der Budgetdebatte wird es dann weitergehen. Danke.

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP): Wir schlagen vor, die Steuerdebatte zum Steuersatz vor allem im nächsten Traktandum zu führen. Aber ihr seid natürlich frei.

Raymond Känel (Die Mitte): Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Es spitzt sich langsam zu. Wir kommen dorthin, wo wir alle Spannung haben. Ich möchte trotzdem noch kurz etwas zur Finanz- und Investitionsplanung sagen. Armin hat sehr gut angefangen und auch gut aufgehört, seine Wortmeldung rund um die Nachhaltigkeit der Finanzen gefiel mit sehr gut. Genauso gut gefiel mir aber die Wortmeldung von Peter Nussbaum. Das möchte ich euch im Zusammenhang mit dem Finanz- und Investitionsplan 2026 bis 2030 mitgeben. Über die Steuersenkung kann man geteilter Meinung sein. Es gibt für beide Seiten Argumente, es gibt nicht richtig oder falsch. Wir sind gespannt, wie es ausgeht. Matchentscheidend für nachhaltige Finanzen, dafür wie sich unsere Verschuldung entwickelt und wieviel Steuern der Bürger zahlen muss, ist eben, wie wir in Zukunft die grossen Schulrauminvestitionsprojekte managen werden. Dort liegt das pièce de résistance. Ob wir die Steuern senken oder sie belassen, am meisten Geld verschwenden wir bei den Investitionen: Fr. 7.5 Mio. Steinibach, Sekundarschule Fr. 37 Mio., zum Geisshubel wagt niemand eine Zahl zu nennen, es wird sich aber sicher um einen zweistelligen Millionenbetrag handeln. Für die Finanzen und die Steuereinnahmen werden die Entscheide, die wir hier fällen, matchentscheidend sein. Ich möchte euch bitten, euch das in den nächsten Jahren, wenn wir diese Geschäfte bearbeiten, immer vor Augen zu halten. Das wird entscheidend sein dafür, was mit den Finanzen in Zollikofen passiert.

Gemeinderat Markus Burren (SVP): Eine Richtigstellung möchte ich schon noch machen, da mein Name mehrmals gefallen ist. Die Senkung der Steueranlage ist kein Beschluss des Finanzvorstehers, sondern des Gemeinderats. Alles braucht eine Mehrheit. Habt nicht Angst. Der Finanz- und Investitionsplan ist eine rollende Planung und wird jährlich neu beurteilt, aktualisiert und abgefasst. Das gilt auch für die Jahre 2026 bis 2030. Es sind neue Erkenntnisse dazu gekommen. Das kann man lesen, es steht auf mehreren Seiten geschrieben. Man kann immer etwas zu seinen Gunsten reininterpretieren, aber lest doch, was dort steht. Es steht, dass die Finanzen gesund sind. Wir geraten nicht aus dem Finanzgleichgewicht, wenn wir in den nächsten zwei bis drei Jahren diese Steuersenkung realisieren. Schaut euch das auch mal an, bevor ihr sagt, der Gemeinderat hat, der Gemeinderat sollte, der Burren hat vor fünf oder vor zwei Jahren oder vor einem Jahr gesagt. Danke.

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP): Wir kommen wie angekündigt zur Detailberatung des Politikplans. Wir gehen das Dokument seitenweise durch. Das Wort ist offen für alle.

Ruth Kaufmann (GFL): Zu Seite 5, zweitoberste Zeile, «Öffentlicher Raum». Das sind 56 Punkte Zustimmung. Ich fand, beim Soll müsste der Pfeil nach oben zeigen. Denn das ist keine hohe Zustimmung. Dort sollte man etwas verbessern können. Dasselbe gilt für das «Kulturelle Angebot» mit nur 52 Punkten.

Bei zwei Punkten sind wir auf die konkreten Vorschläge und Massnahmen zur Erhöhung des Soll-Werts gespannt: Bei der «Erschliessung für den Langsamverkehr» mit 67 Punkten, da zeigt der Pfeil nach oben. Das ist ok, das sollte höher werden. Ebenfalls der Punkt «Bezahlbarer Wohnraum» in der letzten Zeile, auch da wünschen wir uns eine höhere Zustimmung. Danke.

Esther Schwarz (SP): Es ist mir aufgefallen, dass bei der Bevölkerungsbefragung, die als Grundlage genannt wurde und die auf Seite 6 in der Lagebeurteilung zusammengefasst wird, sehr viele Rückmeldungen aus der Bevölkerung kamen, die Verbesserungspotential in Bezug auf Ortsbild und Raumplanung sehen und wünschen. Wenn ich den Zustand 2029 lese, sehe ich diesbezüglich jedoch verhältnismässig wenig. Das war nicht so gut formuliert, ich hoffe, ich habe mich trotzdem verständlich gemacht.

Ruth Kaufmann (GFL): Zu Seite 16, Punkt 3. «Wir ergreifen Massnahmen, um das Klimaziel Netto-Null bis 2050 zu erreichen.» Dort haben wir eine Bemerkung. Es sind etliche Vorstösse seit einiger Zeit hängig. Vielleicht könnten diese wieder hervorgeholt werden.

Ruth Kaufmann (GFL): Zu Seite 18, zur Kommunikation und Information. Wir möchten hier den «Digitalen Dorfplatz» in Erinnerung rufen. Es war kein Vorstoss, aber es war eine Idee, die in diesem Zusammenhang aufgenommen werden könnte.

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP): Wir kommen zur Detailberatung des Finanz- und Investitionsplans. Das Wort ist offen für alle. Bei längeren Wortmeldungen kommt bitte nach vorne oder achtet darauf, dass ihr laut sprecht. Sonst gestaltet sich die Protokollierung schwierig.

Bruno Vanoni (GFL): Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte zu zwei zum Teil bereits angesprochenen Punkten Stellung nehmen und dazu etwas verdeutlichen. Wir nehmen ja den Finanz- und Investitionsplan nur zur Kenntnis. Wir legen damit aber die Grundlage für das, was wir im Budget in der Hauptfrage entscheiden werden. Vorab möchte ich der Finanzverwaltung ein Kränzchen winden für die detaillierte Darlegung dieser Finanzplanung und der Budgetunterlagen in Wort und Zahlen und für die grosse Arbeit, die dahintersteckt. Ich möchte mich auch für die zusätzliche Arbeit bedanken, die aufgrund der Abkehr des Gemeinderats vom jahrelangen Bekenntnis zu einem stabilen Steuerfuss auf die Finanzverwaltung zugekommen ist. Ich finde, wir haben perfekte Unterlagen, wir sind heute parat für einen richtigen Entscheid.

Jetzt aber zum Finanzplan, Seite 2, rechte Texthälfte im unteren Drittel der Seite, nach den eingrückten Aufzählungspunkten. Da heisst es: «In der Investitionsplanung sind Generationenprojekte in die Schulinfrastruktur vorgesehen.» Das wissen wir. Nach einer langen Aufzählung der einzelnen Projekte werden die Investitionen für das Generationenprojekt in Klammern mit Fr. 41.34 Mio. beziffert. Diese Summe ergibt sich aus den eingestellten Beträgen in der Auflistung zu den «Liegenschaftlichen Verwaltungsvermögen» auf Seite 12. Diese Summe ist korrekt. Aber die beiden Stellen hinter dem Komma in dieser Millionensumme erwecken einen falschen Eindruck. Die Scheingenaugigkeit dieser Kommastellen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass in diesem Betrag von Fr. 41.34 Mio. eben nicht die gesamten Kosten der aufgezählten Generationenprojekte inbegriffen sind. In der Auflistung auf Seite 12 bei den Details sieht man, dass für die «Schulanlage Oberdorf, Schulraumerweiterung» – also für die Erweiterung der Schulräume für die Primarschule – erst die Planungskosten eingestellt sind. Die eigentlichen Baukosten sind noch nicht beziffert. Deshalb heisst es ja in dieser Zusammenstellung auf Seite 12 für die vier Jahre 2026 bis 2030 «p.m. = pro memoria, Betrag unbekannt». Ich wollte das so genau darlegen, dass ihr euch bewusst seid, dass wir gemäss Schulraumplanung einen Bedarf von mindestens sechs zusätzlichen Primarschulklassen haben. Dafür haben wir jetzt ein Provisorium mit dem Containerbau auf der Schulanlage Geisshubel. Die definitive Lösung wird jedoch zusätzliche Kosten verursachen. Und ich glaube nicht, dass es so einfach ist, wie Vorredner zum Teil betonten, dass das Ganze gar nicht so schlimm sei, wenn man bei den Investitionen etwas knapp rechnet. Ich glaube, die kommenden Investitionen für die Generationenprojekte werden sich eben nicht auf gut Fr. 41 Mio., sondern auf über Fr. 50 Mio., vielleicht sogar über Fr. 60 Mio. oder mehr belaufen. Und ich finde, man muss von dieser Summe ausgehen, wenn man im nächsten Traktandum über die Möglichkeit einer Steuersenkung diskutiert. So viel kommt auf uns zu.

Die zweite Bemerkung möchte ich zu Seite 5, oben rechts machen. Die Grafik zeigt, dass wir jetzt seit sechs Jahre einen ungenügenden Selbstfinanzierungsgrad haben. Markus Burren ist bei seinem einleitenden Votum vor allem auf den hohen Bilanzüberschuss eingegangen. Ich erinnere mich noch gut. In früheren Debatten wurde gesagt, mit dem Bilanzüberschuss könne nichts gekauft werden. Wir lesen auf Seite 5, links unten, ein Selbstfinanzierungsgrad unter 60 % «führt langfristig zu einer hohen Verschuldung». Genau damit fangen wir an, wenn wir die Steueranlage senken. Der Selbstfinanzierungsgrad des allgemeinen Haushalts wird im Fall einer Steueranlage im nächsten Jahr 28 % betragen. Ungenügend. Das zeigt – das lesen wir auch in den Unterlagen –, dass wir eine Tendenz zu einer Neuverschuldung haben. Im Finanz- und Investitionsplan auf den Seiten 25 und 26 ist eine Korrektur der Erfolgsrechnung. Dort sehen wir, dass wir den Selbstfinanzierungsgrad im nächsten Jahr immerhin von 28 % auf 42 % erhöhen können, wenn wir die Steuersenkung nicht beschliessen. Das ist immer noch ungenügend, aber immerhin viel besser, als der tiefe Selbstfinanzierungsgrad, der eine Steuersenkung über Jahre hinweg zur Folge hätte.

Um später nicht nochmals nach vorne kommen zu müssen, füge ich, wenn ich schon hier am Rednerpult bin, noch etwas zur Zusammenstellung auf Seite 12 im Investitionsplan hinzu. Dort sind die Dachsanierungen der Mehrzweckhalle Geisshubel und der Sek-Turnhalle vorgesehen. Auf beiden soll gleichzeitig eine Photovoltaikanlage für Solarstromproduktion erstellt werden. Es soll gleichzeitig darüber entschieden werden. Beide Vorhaben sind bereits mehrfach herausgeschoben worden. Wir erwarten, dass sich das in der nächsten Planung nicht wiederholt und dass die Dachsanierung auf dem Werkhof, die fürs nächste Jahr angekündigt ist, wirklich mit einer Photovoltaikanlage realisiert wird. Danke fürs Zuhören. Damit haben wir von unserer Seite zum Finanz- und Investitionsplan alles gesagt.

Gemeinderat Markus Burren (SVP): Das mit dem Selbstfinanzierungsgrad kann ich nicht so im Raum stehen lassen. Logisch ist der Selbstfinanzierungsgrad bei hohen Investitionen tief. Es steht auch «Nettoinvestitionen», das wurde vorhin nicht erwähnt. Das ist ein Verhältnis. Wenn man viel investiert, ist er tief. Bei der Korrekturvariante nehmen nicht nur die Steuern Einfluss. Es steht klar geschrieben, was die Korrekturvariante enthält. Auf Seite 1, unter «3. Grundlage», ist klar umschrieben, was dort drin enthalten ist. Die Steueranlage beziehungsweise die Steuern sind ein Teil davon.

GGR-Präsident Andreas Buser (GLP):

Die Geschäftsberatung ist abgeschlossen. Gemäss Art. 53 der Geschäftsordnung wird über Geschäfte, die vom Gemeinderat zur blossen Kenntnisnahme unterbreitet werden, nicht abgestimmt. Somit gilt der Politikplan als zur Kenntnis genommen.

Kenntnisnahme

Der Politikplan 2026 – 2030 wird zur Kenntnis genommen.